

Noch ein Grund für das Wahldebakel der Union

Von Klaus Peter Krause

Weil die beiden Unionsparteien die wesentlichen Gründe für ihr miserables Abschneiden bei der Bundtagswahl am 18. September nicht wahrhaben wollen, muß man ihnen auf die Sprünge helfen. Zu einem guten Teil ist das auch schon geschehen. Doch ist einer von den Gründen in der öffentlichen Debatte bisher unter den Tisch gefallen: das Belügen einer ganzen Nation und willfährig dienernder Gerichte, geschehen mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland, um den Staat am Eigentum hunderttausender seiner Bürger zu bereichern.

Mit dieser Aufnahme des einen deutschen Rest-Staates in den anderen, kurz Wiedervereinigung genannt, haben sich CDU und CSU etwas geleistet, was ungeheuerlich ist und bis dahin undenkbar schien: Sie begingen das schreiende Unrecht, das Stalins politische Gefolgschaft im kommunistisch besetzten Teil Deutschlands während der sowjetischen Besatzungszeit von 1945 bis 1949 und danach in der DDR bis 1989/90 verbrecherisch begangen hat und das beide Parteien als solches stets gegeißelt hatten, bei den einstigen Eigentumsdelikten jetzt noch einmal selbst.

Es bestand darin, daß sie das in der SBZ-Zeit geraubte Eigentum, das nun vorerst in den Besitz des deutschen Einheitsstaates gefallen war, an die rechtmäßigen Eigentümer nicht zurückgaben, sondern es zugunsten des staatlichen Fiskus verkauften. Der Vorgang war derart rechtswidrig, daß er auf Anraten von Roman Herzog im Grundgesetz abgesichert wurde. Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim stellte dazu fest, damit sei verfassungswidriges Verfassungsrecht geschaffen worden.

Helmut Kohl und seine Regierung gedachten, mit dem Erlös die immensen Kosten des Wiederaufbaus im sozialistisch ruinierten DDR-Deutschland zu schultern, die westdeutschen Steuerzahler (und Wähler) nicht zusätzlich zu belasten sowie sich mit der Nichtrückgabe Wohlwollen und Wählerstimmen der einstigen DDR-Bürger bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl zu sichern. Das erste mißlang gründlich, das zweite hatte (vorläufigen) Erfolg.

Doch was die Kohl-Regierung das gesamte deutsche Volk als finanzielle Wiedervereinigungslast hätte tragen lassen müssen, bürdete sie nur einer Minderheit auf. Die Eigentumsrechte dieser Minderheit traten die Unionsparteien mit Füßen. Sie verweigerten ihr zudem, obwohl sie von den Kommunisten als „Klassenfeind“ geächtet, politisch verfolgt, und, obwohl unschuldig, kollektiv bestraft worden waren, die selbstverständliche Rehabilitierung von der Bestrafung und damit auch von dem Pauschalvorwurf, „Nazi- und Kriegsverbrecher“ gewesen zu sein. Beides verweigern sie seit nunmehr über fünfzehn Jahren. Dabei bestand die „Schuld“ dieser Opfer nur darin, daß sie Industrielle, Unternehmer, Handwerker, Landwirte mit 100 Hektar und darüber oder Adlige waren.

Doch nicht nur diese Gruppe der 1945 bis 1949 Verfolgten und mit Eigentumsentzug rechtswidrig Bestraften haben die Unionsparteien unermesslichen Schaden zugefügt, sondern auch zigtausenden anderen. Die meisten davon sind einstige DDR-Bürger, die vom Rechtsstaat träumten und abermals in einem Unrechtsstaat aufwachten. Dazu gehören die zwangskollektivierte LPG-Mitglieder, die von ihren Kadern um den wirklichen Wert ihrer Genossenschaftsanteile betrogen wurden, aber von den Unionsparteien keine politische Hilfe zur Gegenwehr bekamen. Dazu gehören die Eigentümer und Erben des ehemaligen Bodenreformlandes, das sie 1945/46 als Ostvertriebene (in der DDR verharmlosend „Neusiedler“ genannt) erhalten hatten und das ihnen der Fiskus der fünf neuen Bundesländer auf rabiante Weise ersatzlos wegnahm. Dazu gehören die Eigentümer von Grundstücken auf dem ehemaligen Mauerstreifen in Berlin, die ihre Grundstücke allenfalls zurückkaufen dürfen. Dazu gehören auch die zwangsausgesiedelten Menschen im DDR-Zonenrandgebiet, denen ihre Grundstücke für den Grenzstreifen ersatzlos weggenommen wurden. Dazu gehören die „Republikflüchtlinge“ und die von der DDR zur Ausreise Gezwungenen, die ihre Immobilien durch staatliche Zwangsverkäufe verloren haben.

Für Verletzungen ihres Eigentumsrechts haben Menschen ein Elefantengedächtnis. Und mit diesem Gedächtnis haben sich diese um ihr Eigentum gebrachten Menschen den Unionsparteien bei der Wahl verweigert. Wieviele es sind, die sich als Mißachtete, als Beleidigte, als Ausgegrenzte, als Opfer der Rechts- und Rechtsstaatswidrigkeiten der Unionsparteien fühlen? Erschreckend viele. Eine von ihnen, Karin Rohde-Höfig in Kösterbeck bei Rostock, hat die Zahl Angela Merkel in einem Brief am 25. August vorgehalten:

„Haben Sie sich einmal Gedanken darüber gemacht, um welche Dimension es sich dabei handelt? Ich bin Ihnen dabei gern behilflich: 7.136 Großgrundbesitzer, 4.278 bäuerliche Betriebe unter 100 Hektar, 610.000 Fabriken, mittelständische Unternehmen, Privatpersonen; dazu kommen 70.000 Siedler, die durch die BRD enteignet worden sind. Sie werden mit hundertprozentiger Sicherheit der CDU die Stimme verweigern. Wahlboykott oder ungültiger Stimmzettel, das sind für sie die Alternativen. Alle haben Familien, Kinder, Enkel, Freunde und Sympathisanten. Das ist also eine ganz simple Rechenaufgabe. Sie reisen kreuz und quer durch Deutschland, bemühen sich um jede Stimme, diskriminieren aber Tausende von potentiell konservativen Wählern. Das ist Ihr Problem. Im Jahre 2002 fehlten Ihrer Partei nur 6.000 Stimmen, von wem wohl?“

Tatsächlich waren es 6.027 (Zweit)Stimmen, jedenfalls gegenüber der SPD allein. Zusammen mit der FDP hatte die Union 577.567 Stimmen weniger als SPD und Grüne zusammen. Doch jetzt bei der vorgezogenen Wahl 2005 haben die gleichen Menschen den Unionsparteien ihre Stimmen abermals versagt. Wiederum haben die Unionsparteien den Wahlsieg verspielt, nämlich

den, der ihnen mit diesen hunderttausenden zusätzlichen Stimmen einen größeren Abstand von der SPD ermöglicht hätte.

Und noch etwas schrieb die einstige DDR-Bürgerin der einstigen DDR-Bürgerin Merkel: Sie habe doch am 21. August bei Sabine Christiansen ganz richtig festgestellt, daß das Rückgrat der Wirtschaft der Mittelstand sei. Und Frau Pieper von der FDP habe doch in einer anderen Talkshow gesagt, daß in den neuen Bundesländern 100.000 Mittelständler fehlten. Ob ihr das nicht ebenfalls schon aufgefallen sei und auch, daß dies „dank“ der Regierung Kohl so sei und auch mit Zustimmung Frau Merkels selbst. Sie kenne doch das sogenannte Wirtschaftswunder nach dem Krieg im Westen Deutschlands. „So hätte es auch im Osten nach der Wiedervereinigung aussehen können. Die Motivation der verunglimpften ‚Alteigentümer‘, ihre Investitionsbereitschaft in der alten Heimat wurde regelrecht mit Füßen getreten. Altkader und ‚Rote Barone‘ hat man dagegen gehätschelt und ihnen mit Samthandschuhen zu Wohlstand verholfen. Prima, nun haben Sie den Salat.“ Ähnliche Briefe haben Frau Merkel und die Union auch von anderen Opfern erhalten.

Auch dies also hätte ein wesentlicher Teil der CDU-Wahlanalyse sein müssen. Aber die CDU will nicht wahrhaben, daß und warum diese Menschen sie nicht gewählt und um den deutlicheren Wahlsieg gebracht haben. Sie beschweigt es, betrügt sich damit selbst; zu peinlich wäre das Eingeständnis, zu peinlich die Wahrheit. Insofern hat die CDU ihr Wahldebakel verdient, nur Deutschland nicht. Der Selbstbetrug, den sie an sich begeht, und der Betrug, den sie damit an den Bürgern begeht, werden ihr weiterhin schaden.